

Politisches Bildungsforum Brandenburg, 19. November 2020

Der Zweite Weltkrieg in der polnischen Geschichtskultur

Von Prof. Dr. Arkadiusz Stempin, Warschau

Der Zweite Weltkrieg ist mit all seinen Folgen das einschneidendste Ereignis in der über tausendjährigen Nachbarschaft von Deutschland und Polen. Seine dunklen Schatten reichen bis heute, ein Dreivierteljahrhundert nach dem Krieg. Deshalb hat der Deutsche Bundestag nach über dreijähriger kontrovers geführter öffentlicher Debatte am 30. Oktober 2020 mit großer Mehrheit die Schaffung eines eigenen Gedenkortes in Berlin zur Erinnerung an die polnischen Opfer der deutschen Gewaltherrschaft im Krieg beschlossen. Der Beitrag des Warschauer Historikers Arkadiusz Stempin erklärt

- *den Stellenwert, den der Zweite Weltkrieg sowohl gesellschaftlich wie politisch bis heute in Polen hat,*
- *welche Rolle er in den Beziehungen zu Deutschland und Russland spielt und*
- *geht auf die aktuellen Diskussionen über Kriegsreparationen und die Gedenkstätte für die polnischen Opfer in Berlin ein.*

Der Vortrag wurde am 22. Oktober 2019 im Rahmen der Geschichtslecture des Politischen Bildungsforums Brandenburg und des Instituts für Geschichtswissenschaft an der Universität Potsdam gehalten. Für die Veröffentlichung wurde der Text im Sommer 2020 aktualisiert.

„Dreiste Lüge“ - Putins Auffassung des Zweiten Weltkriegs

Mit Verspätung, wegen der Corona-Pandemie, dennoch zuverlässig, meldete sich der russische Präsident Wladimir Putin mit einem eigenwilligen Geschichtsunterricht zu Wort. Dieser wurde an die imperialen Feierlichkeiten anlässlich des 75. Jahrestages des ruhmreichen sowjetischen Sieges über Hitlers Reich gekoppelt. Denn Russland feiert den Siegestag nicht wie im Westen am 8. Mai, sondern einen Tag drauf. Dies geht auf die etwas spätere zweite Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der gesamten Wehrmacht gegenüber dem sowjetischen Oberbefehlshaber Marschall Schukow in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 zurück. Nun, die grassierende Corona-Pandemie erzwang die Verschiebung der diesjährigen Feierlichkeiten auf den 24. Juni.¹ Rund 14.000 Soldaten und 220 Panzerfahrzeuge marschierten bzw. rollten in einer grandiosen Parade über das Pflaster des Roten Platzes. Kurz zuvor schwang sich Wladimir Putin zum Geschichtspräsidenten auf und bot Nachhilfestunden mit

¹ Im April 2020 kündigte Putin an, die 75. Siegesfeier, darunter Militärparaden und sonstige Feierlichkeiten, zu verschieben. Am 9. Mai 2020 konnten die Moskauer und Einwohner in 47 Städten und Militärbasen in Russland verschiedenen Paraden beiwohnen. Nur in St. Petersburg wurde die Flugparade mit einer Parade der Flotte flankiert. Die große Militärparade auf dem Roten Platz und sämtliche Militärparaden in anderen Städten wurden am 24. Juni nachgeholt – in Anlehnung an die erste Militärparade zur Feier des Sieges im Zweiten Weltkrieg in Moskau am 24. Juni 1945.

Blick auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs an. Seine Suade platzierte er in einem Artikel des konservativen US-Journals The National Interest.

Die Rolle des Geschichtsp Professors betreibt der Präsident beinahe obsessiv. Mehrmals zuvor dozierte er bereits, indem er sich über die angeblich entstellte Sicht im Westen auf die Vorgänge beschwerte, die zum Ausbruch des Krieges geführt hätten. Am meisten erzürnte ihn die Resolution des Europäischen Parlaments von September 2019², in der Moskau eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gegeben wird. Für Putin wohl eine der „dreisten Lüge(n) und Versuche, die Geschichte zu verdrehen“.³ Denn wie der Siegestag in Moskau sich mit dem Ende des Krieges im Westen nicht deckt, so begann der Krieg für Russland nicht im September 1939, als zunächst Hitler am 1. und nachfolgend sein Komplize Stalin am 17. September Polen überfallen und untereinander aufgeteilt hatten, sondern erst am 22. Juni 1941, als der deutsche Diktator seinem Verbündeten an die Gurgel ging. Damit schlug für Russland die Stunde des „Großen Vaterländischen Krieges“, der wahrscheinlich mehr als 27 Millionen Opfer in der Sowjetunion forderte und als heroische Leistung der Roten Armee bei der Niederrichtung des Dritten Reiches sowie der Befreiung Mittelosteuropas von der deutschen Besatzung in die kollektive Erinnerung der Nation einging. Ein Grund für Putin, den „Hitler-Stalin-Pakt“ vom 23. August 1939 aus dieser heldenhaften Erinnerung auszuschließen und die unrühmliche Verantwortung Stalins für die Entfesselung des Krieges samt der Besetzung und Einverleibung von Ost-Polen und weiterer Territorien (Bessarabien, Estland, Lettland, Litauen, Teile Finnlands) reinzuwaschen. Kein Wunder, dass im Kreml jeder Verweis darauf als Verleumdung abgestempelt wird.

Der springende Punkt in Putins Geschichtsklitterung fußt auf zwei Thesen: 1. die Verantwortung für den Krieg laste auf den Westmächten, die bei der Konferenz in München 1938 den Expansionsappetit des deutschen Diktators mit dem Sudetenland der Tschechoslowakei zu stillen gedachten; 2. zum Kriegsbereiter wird auch Polen umgedeutet, da es sich an der Aufteilung der Tschechoslowakei mit der Okkupation des kleinen Olsa-Gebiets beteiligte und ferner Polens Führung aus lauter Antisemiten bestanden hätte. Der Kritik am „Hitler-Stalin-Pakt“ samt dem geheimen Zusatzprotokoll und der darauf folgenden Aufteilung von Ost-Europa will Putin mit der Begründung die Grundlage entziehen, Stalin habe keine Alternative gehabt, da ja der Westen ebenfalls mit Hitler hätte geheim paktieren können, zumal – und jetzt kommt der sensationelle zweite Teil der geschichtspolitischen Argumentation – in London anders als in Moskau die Archive nach wie vor gesperrt seien.

Putins Narrativ, eingebunden in seine geschichtspolitische Offensive, zielt auf die Stabilisierung seiner Macht nach innen wie nach außen, zumal in der Zeit des Referendums (25. Juni bis 1. Juli 2020) über die Verfassungsänderung, die es Putin ermöglicht, 2024 nochmals bei der Wahl anzutreten. Zugleich in der Zeit der Corona-Krise, die nicht nur Putins Sprecher Dmitri Peskow erwischte, sondern auch die Popularitätswerte des russischen Präsidenten angriff. In dieser Situation schweißt er die Russen mit seinem historischen Behauptungen zusammen, indem er ihren Furor gegen vermeintlich falsche westliche Mythen anfacht, ihnen in den kargen Jahren zahlreicher Entbehrungen Stolz einflößt, Arme und Reiche, die Provinz und die Großstädte so wie noch nie vereint. Außenpolitisch hingegen betreibt er sein Lieblingsspiel: eine Spaltung der EU. Dabei kommt Polen eine Sonderrolle zu. Denn für Putin gilt Polen – ebenso wie die baltischen Staaten – als flagranter Hort der Russophobie. Dieser Phobie fielen zahlreiche Denkmäler für gefallene sowjetische Soldaten im Zweiten Weltkrieg zum

² Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas:
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021_DE.html [abgerufen 24.6.2020].

³ Dossier Russland. Chronik: 13. Januar bis zum 1. Februar 2020, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, 13.2.2020, hier: 15.01.2020,
<https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/305215/chronik-13-januar-1-februar-2020> [abgerufen 24.6.2020].

Opfer.⁴ Ferner habe sich das Land unter der jetzigen national-konservativen Regierung zum treuesten Verbündeten der USA aufgeschwungen, zum zuverlässigen Abnehmer amerikanischer Waffen, zum lauthalsen Kritiker der Ostsee-Pipeline Nord-Stream 2 zwischen Russland und Deutschland und zum glühenden Verfechter einerseits der Sanktionen gegen Russland und andererseits des Ausbaus militärischer Infrastrukturen an der NATO-Ostflanke.

Der Krieg als Heldenepos und Opferdrama

In der Tat haben „die Nationalkonservativen aktive Geschichtspolitik auf ihre Fahnen geschrieben und setzten sie nach der Machtübernahme konsequent um“, konstatierte der ehemalige Korrespondent für den ARD-Hörfunk und das Handelsblatt in Warschau, Reinhold Vetter.⁵ Was er hier für die Zeitperiode 2005-07 attestiert, als die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) unter Lech und Jarosław Kaczyński zum ersten Mal die Geschicke des Landes steuerte, gilt auch für die Zeit nach dem Wahlsieg 2015. Im Allgemeinen begreifen Jarosław Kaczyński und seine nationalkonservativen Mitstreiter polnische Geschichte als wechselseitiges Heldenepos und Opferdrama. Aber die Gründe, warum in der kollektiven Erinnerung in Polen dem Zweiten Weltkrieg ein besonderer Platz zukommt, liegen tiefer, als es sich mit dem simplen Verweis auf die Geschichtspolitik der regierenden PiS-Partei begründen ließe. Die hohe Relevanz resultiert vielmehr primär daraus, dass ca. sechs Millionen polnische Bürger, fast jeder fünfte Bürger des Vorkriegspolen, in diesem Krieg sein Leben verloren hat. Folglich sind die Ereignisse zwischen 1939 und 1945 für die polnische Bevölkerung auch 75 Jahre nach Kriegsende immer noch lebendig.

Laut einer Umfrage des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS aus dem Jahre 2014 war der damalige 75. Jahrestag des Kriegsausbruchs für 71 Prozent der Befragten eine lebendige Geschichte, an die stets erinnert werden sollte. Unter den wichtigsten Ereignissen im 20. Jahrhundert setzten die Befragten auf die ersten drei Plätze: den deutschen Überfall auf Polen vom September 1939, den Massenmord von Katyn 1940 durch die Sowjets und den Warschauer Aufstand vom Sommer 1944.⁶ Aus einer anderen Erhebung ging wiederum her-

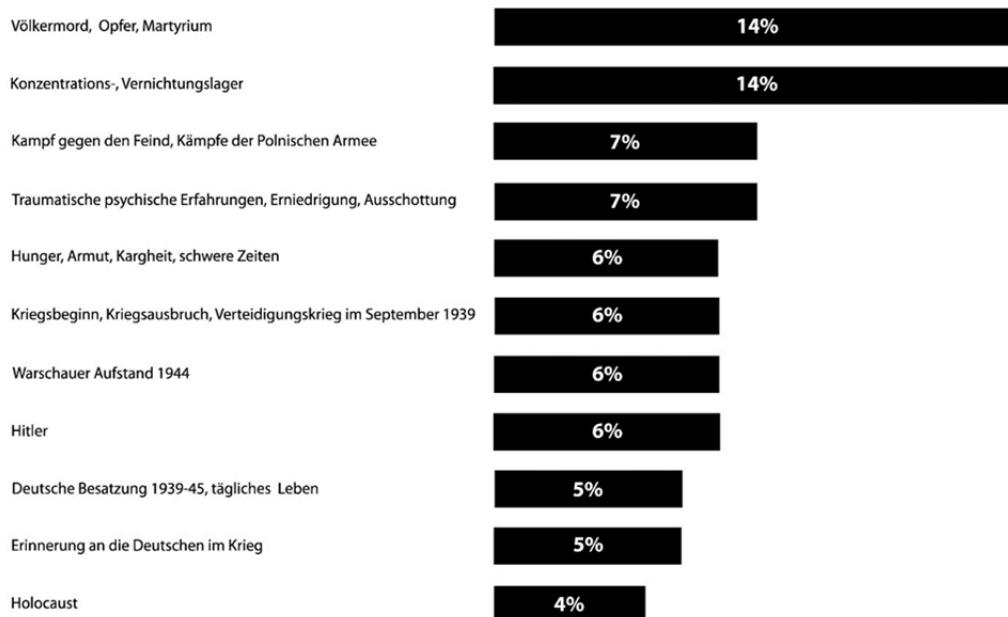
⁴ Die regierende national-konservative Partei PiS (2005-07 und seit 2015) machte die Beseitigung von Sowjetdenkmälern zu Ehren der Roten Armee, die auch als Zeichen der kommunistischen Herrschaft (1944-89) fungiert hatten, zu einem Kernanliegen ihrer Geschichtspolitik. Dazu hat Staatspräsident Andrzej Duda im September 2017 ein Gesetz unterzeichnet. Es trägt den sperrigen Namen „Gesetz zum Verbot von Propaganda für den Kommunismus oder andere totalitäre Systeme durch Bezeichnungen von Bauwerken, Objekten und öffentlichen Versorgungseinrichtungen und erwarb sich den Namen „Dekommunisierungsgesetz“ (vom 1. April 2016). Vgl. auch: Dłaczego usuwamy sowieckie pomniki – tekst zastępcy prezesa IPN dr. Pawła Ukielskiego opublikowany na portalu rosyjskiego Radia Echo Moskwy [Warum beseitigen wir Sowjetdenkmäler – die Stellungnahme des stellvertretenden Vorsitzenden des Instituts des Nationalen Gedenkens Dr. Paweł Ukielski, veröffentlicht auf der Webseite des russischen Radios Das Moskauer Echo], <https://ipn.gov.pl/pl/aktualnosci/9518,Dłaczego-usuwamy-sowieckie-pomniki-tekst-zastępcy-prezesa-IPN-dr-Pawla-Ukielskie.html> [abgerufen 24.6.2020]. Russische Fassung, siehe: https://echo.msk.ru/blog/pavel_ukelsky/1639046-echo/ [abgerufen: 24.6.2020]. Es liegen keine offiziellen Daten betreffend der Zahl der abgerissenen Sowjetdenkmäler in Polen vor. Eine Liste des Instituts des Nationalen Gedenkens ging von über 230 Monumenten aus, von denen die meisten sich in Kleinstädten und Dörfern befanden. Dazu siehe, Polen: Sowjetische Denkmäler müssen weg! In: Deutsche Welle, 13.4.2016, <https://www.dw.com/de/polen-sowjetische-denkmäler-müssen-weg/a-19184231> [abgerufen 24.6.2020].

⁵ Reinhold Vetter, *Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis*, Ch. Links Verlag 2008, S. 87.

⁶ Communiqué Nr. 114/2014, *Aktuelle Probleme und Ereignisse* (290), in: Narodowe Centrum Kultury [Nationales Kulturzentrum], <https://nck.pl/badania/aktualnosci/80-rocznica-wybuchu-ii-wojny-swiatowej-pamiec-i-emocje> [abgerufen 24.6.2020]. Die Umfrage wurde vom 3.-9. Juli 2014 mittels klassischer Face-to-Face-Interviews mit einer repräsentativen Gruppe von 943 Erwachsenen durchgeführt.

vor, dass der Zweite Weltkrieg vor allem mit Begriffen wie Völkermord, Opfer und Martyrium assoziiert wurde.⁷

Assoziationen mit dem 2. Weltkrieg



Quelle: TNS Polska (2014)

Zwar zeigten die Ergebnisse derselben Erhebung zugleich, dass der Krieg und die Kriegserlebnisse immer weniger als Gesprächsstoff in der familiären Kommunikation vorkommen, während mit dem Abgang von Zeitzeugen das Bild des Krieges mehr anhand von sekundären Quellen konstruiert wird. Aber spätere Meinungsumfragen (aus den Jahren 2018/19) belegten doch den festen Platz des Zweiten Weltkrieges unter den wichtigsten Ereignissen in der tausendjährigen Geschichte Polens und ein unvermindert⁸ emotionales Verhältnis zu diesem Krieg bei beinahe 82 Prozent der polnischen Bevölkerung.⁹

1996 stellte der Doyen der wissenschaftlich ausgewiesenen polnischen Experten für den Zweiten Weltkrieg, Professor Tomasz Szarota, fest: „Die Kriegsjahre zu vergessen, verhindert auch der Sozialisierungsprozess. An ihm beteiligt sind neben der Schule und dem Elternhaus auch verschiedene Organisationen. In der Schule und im Ausbildungs- und Erziehungssystem wird auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzung besonders starken Wert gelegt. Die Ereignisse und Personen, die mit dem Krieg verbunden sind, sind in allen Medien ständig präsent. Das Thema ist immer noch ein wichtiger Gegenstand in der Literatur und Wissenschaft, im Film, Theater und in der bildenden Kunst. Ganz zu schweigen davon, dass es ständig von politischen Gruppierungen instrumentalisiert wird. Wahrscheinlich werden in keinem anderen Land Jahrestage, die auf Ereignisse des Zweiten Weltkriegs verweisen, so oft und so feierlich begangen. Die Erinnerungselemente, die den Kampf und die Leiden

⁷ TNS Polen, Der 2. Weltkrieg in der polnischen Erinnerung – 75 Jahre nach Kriegsausbruch, 2014, in: ebd. Die Erhebung wurde vom 8.-14. August 2014 mittels Face-to-Face-Interviews mit einer repräsentativen Gruppe von 1000 Personen im Alter über 15 Jahre durchgeführt.

⁸ Communiqué Nr. 124/2018, Aktuelle Probleme und Ereignisse (338), in: Narodowe Centrum Kultury [Nationales Kulturzentrum], <https://nck.pl/badania/aktualnosci/80-rocznica-wybuchu-ii-wojny-swiatowej-pamiec-i-emocje> [abgerufen 24.6.2020]. Die Meinungsumfrage wurde vom 28. Juni - 5. Juli 2018 mittels klassischer Face-to-Face-Interviews mit einer repräsentativen Gruppe von 952 Erwachsenen durchgeführt.

⁹ Veröffentlichung des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom 30.08.2019.

aus der Kriegszeit ins Gedächtnis rufen, befinden sich an öffentlichen Stellen, auf den Straßen, in Kirchen und auf Friedhöfen. An den Jahrestagen sind die Stätten nationalen Gedenkens recht belebt. Sie werden zu einem Element lebendiger Geschichte mit Blumen, brennenden Kerzen, weiß-roten Fahnen. Sie lenken die Gedanken der Polen in die Vergangenheit. Wer zu Allerheiligen nicht auf dem Warschauer Powązki-Militärfriedhof war, wo u.a. die Widerständler des Warschauer Aufstandes von 1944 liegen, kann schwer verstehen, was es bedeutet, für die Geschichte zu leben.¹⁰

Ungeachtet der mittlerweile vergangenen 24 Jahre ist die Präsenz des Zweiten Weltkriegs in der kollektiven polnischen Erinnerung heute nahezu unverändert. Sie speist sich dabei auch aus anderen Quellen, allen voran aus der Überschneidung der historischen Ereignisse mit der politischen Gegenwart. Laut einer Umfrage der angesehenen und in den deutsch-polnischen Beziehungen fest verankerten Expertin Dr. Agnieszka Łada vom Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (2019) bejahten 73 Prozent der befragten Polen den besagten Zusammenhang, während fast die Hälfte (46 %) „das Leid und die Opfer, die dem Land im Laufe seiner Geschichte auferlegt wurden, von der internationalen Öffentlichkeit“ als „nicht gebührend anerkannt“, betrachtete.¹¹ Das bestätigt ebenfalls die obigen Thesen.

Drei Grundphänomene für die Relevanz des Zweiten Weltkrieges in Polen

Man kann auf drei Phänomene hinweisen, auf denen die besagte Relevanz des Zweiten Weltkrieges gründet, die in der kollektiven polnischen Erinnerung auf das Engste mit der politischen Gegenwart verknüpft ist.

1. Seit dem 17. September 1939 kämpfte Polen nicht nur gegen einen, sondern gegen zwei Feinde: Deutschland und die Sowjetunion

Seit dem 1. September 1939, der den Beginn des Weltkriegs markiert, der in der deutschen Erinnerungskultur etwas verbrämt als „Polenfeldzug“ firmiert, wehrte sich Polen gegen die deutsche Wehrmacht, die vom ersten Tag an den Krieg mit grausamer Härte führte. Die Ermordung einer großen Zahl polnischer Zivilisten und Erschießungen von Kriegsgefangenen auf dem Vormarsch durch spezielle Einsatzkommandos der Polizei und der SS waren nur die Vorboten einer grausamen Zukunft unter der deutschen Okkupation. Dass aber kurz zuvor die beiden skrupellosen und expansionswilligen Diktatoren, zugleich jedoch weltanschaulichen Todfeinde, Hitler und Stalin, ein Bündnis geschlossen und in einem geheimen Pakt eine Aufteilung Polens vereinbart hatten, wusste bis zur Nacht des 17. Septembers niemand. Vermutet wurde die Existenz eines Paktes, als die Rote Armee in Ostpolen einmarschierte, um sich ihren Teil der Kriegsbeute zu holen. In einer diplomatischen Note rechtfertigte Moskau den Schritt mit dem Zusammenbruch der rechtmäßigen Regierung in Warschau, folglich einem politischen Vakuum und „einer Gefahr für die sowjetischen Interessen“, da so „die Weißrussen und die Ukrainer in Ostpolen schutzlos blieben“.¹² Das Land wurde, wie einst 1795 im Bunde zwischen Katharina der Großen von Russland, Franz II. von Habsburg und Friedrich Wilhelm II. von Preußen, durch ein kaltblütiges Spiel zweier Diktatoren aufgeteilt und abermals von der Karte Europas gelöscht. Nach einem – aus deutscher Perspektive – fünfwöchigen „Blitzkrieg“ begann für Polen „Armageddon“. Hitler und Stalin setzten ihre in geheimen Abkommen zugrunde gelegten Machtinteressen rigoros durch. Beide Regime be-

¹⁰ Tomasz Szarota, Wojna na pocieszenie [Krieg als Trost], in: *Gazeta Wyborcza* vom 6.9.1996 (Übersetzung Arkadiusz Stempin).

¹¹ Agnieszka Łada, Gemeinsame Richtung, verschiedene Perspektiven. Deutsche und polnische Ansichten zu den gegenseitigen, europäischen und globalen Beziehungen. In: Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten] <https://www.isp.org.pl/pl/publikacje/gemeinsame-richtung-verschiedene-perspektiven-deutsche-und-polnische-ansichten-zu-den-gegenseitigen-europaischen-und-globalen-beziehungen-1066> [abgerufen 24.6.2020].

¹² Ingo Schewiola, Wie der Zweite Weltkrieg gemacht wurde – Band 2, lulu.com 2010, S. 238.

dienten sich Zwangsdeportationen, Umsiedlungen und Erschießungen als bevorzugter Methoden der Besatzungspolitik.

2. Polen hatte nach dem Krieg und der über fünfjährigen Besatzung in Relation zu seiner Bevölkerungszahl die größten menschlichen Verluste zu beklagen und glich einem Trümmerhaufen

Die deutschen Besatzer und das Kriegsgeschehen legten Polen in Schutt und Asche. Terror und Ausplünderungen beherrschten in verheerendem Ausmaß den Alltag. Die Wirtschaft und die Infrastruktur lagen am Boden. Eine Unmenge von Kulturgütern wurde erbeutet. Die Kriegsverluste des nationalen Eigentums beziffert man auf 39 Prozent des Standes von 1938.¹³ Die Hauptstadt Warschau glich am „Befreiungstag“ am 17. Januar 1945 einem menschenleeren Trümmerhaufen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hatte Polen die größten Menschenverluste aller Nationen zu beklagen. Die Einwohnerzahl schrumpfte von knapp 35 (1938) auf rund 24 Millionen (1946) zusammen. Nur ein Teil der Ostpolen, wiewohl in Millionenzahl, wurde in die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße vertrieben. Denn infolge der Beschlüsse der Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam, wo Roosevelt/Truman, Churchill/Attlee und Stalin eine neue Weltordnung implementierten, wurde Polen auf der Landkarte nach Westen verschoben. Nach groben Schätzungen überlebten etwa sechs Millionen Polen den Krieg nicht – davon entfielen 95 Prozent auf Zivilisten. Denn, wie der polnische Literaturnobelpreisträger Czesław Miłosz schrieb: Die Besatzer verwandelten das Land in ein „mechanisiertes Schlachthaus, dessen Fließband ständig die Leichen ermordeter Menschen davontrug“.¹⁴ Nur in Polen errichteten sie die großen Vernichtungsstätten: Kulmhof, Auschwitz-Birkenau und Majdanek, Belzec, Sobibor und Treblinka. Von den 3,3 Millionen polnischen Juden konnten sich gerade einmal ca. zehn Prozent retten. Die Begriffe „Warschauer Ghetto“ und „Ghetto-Aufstand“ (1943) etablierten sich seit den 1960 Jahren in der deutschen Erinnerungskultur. Bevor die Juden von den deutschen Besatzern exterminiert wurden, wurden sie von ihnen in mehr als 700 Ghettos in Polen unter menschenverachtenden Umständen zusammengepfercht.¹⁵

Was aber aus deutscher Perspektive mit dem Focus auf den Holocaust zu oft übersehen wird: Nicht nur die polnischen Juden fielen dem deutschen Vernichtungsfuror zum Opfer. Die polnische Nation sollte gemäß Hitlers Kriegszielen komplett ausgelöscht, die polnischen Gebiete germanisiert, die Menschen zu Arbeitssklaven degradiert werden. Der „Generalplan Ost“ und die „Aktion Reinhardt“ belegen den genozidalen Charakter der Besatzung gegenüber den ethnischen Polen. Von Herbst 1939 an startete eine Jagd auf Intellektuelle, Geistliche und Adlige, alle, die zur Führungsschicht gezählt werden konnten, die zu Zehntausenden in KZs gebracht oder gleich hingerichtet wurden. In der Sonderaktion Krakau erschoss man Professoren der altherwürdigen Universität, davon zahlreiche in der deutschen Kultur verankert. Um die Eliten schrumpfen zu lassen, wurde lediglich noch eine Grund- und Berufsschulbildung genehmigt. In Antwort darauf entstand ein eng geknüpftes Netz von Gymnasien und Hochschulseminaren im Untergrund - ein organischer Teil des breiten Widerstandes, zum Teil auch militärischer Natur.

Dieser wurde von den deutschen Besatzern grausam bekämpft. Beispielhaft: für einen getöteten Deutschen mussten 100 polnische Geiseln sterben. Die Heimatarmee und vor allem die Exilregierung in London waren sich seit dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion 1941 des-

¹³ Phillip Theer, Deutsche und polnische Vertriebene: Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, Vandenhoeck & Ruprecht 1998 S. 113.

¹⁴ Zitiert nach Heinrich Jaencke, Polen: Träumer, Helden, Opfer, Gruner 1981, S. 130.

¹⁵ Vgl. Peter Klein, Die nationalsozialistische Besatzungspolitik in Polen seit 1939, in: Überlegungen zum jüdischen Widerstand in Polen: Voraussetzungen und Beginn des Ghettoaufstandes in Warschau. Vortragsveranstaltung am 22. Januar 2009 zum Gedenktag an die Wannsee-Konferenz, Haus der Wannsee-Konferenz, <https://www.ghwk.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Jahrestage/2009-klein-turski.pdf> [abgerufen 24.6.2020].

sen bewusst, dass letztlich nur ein Sieg Stalins die Befreiung von der NS-Herrschaft versprechen konnte. Dieser hatte aber Ostpolen okkupiert. Und wie illusorisch die Hoffnung auf eine etwaige Befreiung durch die Sowjetunion war, konnte man spätestens beim Auffinden der Massengräber von Katyn bei Smolensk voraussehen: Hier hatte Stalin 22.000 bis 25.000 polnische Offiziere, Beamte und Intellektuelle durch die Geheimpolizei NKWD heimtückisch erschießen lassen, welche der Roten Armee 1939 in die Hände gefallen waren. Die Sowjetunion leugnete diesen Massenmord beharrlich bis 1990.

Der polnische Widerstand, die Exilregierung in London sowie die im Untergrund auf dem besetzten Gebiet agierende Heimatarmee, entschlossen sich daher, militärisch gegen Deutschland, politisch aber ebenso gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Als im Sommer 1944 die Rote Armee von Osten anrückte, wollten die Polen sich ihr gegenüber als Herr im eigenen Haus präsentieren. Wenige Stunden vor deren erwarteten Ankunft sollte in der Hauptstadt ein Aufstand ausbrechen, um die Deutschen zu vertreiben. Am 1. August 1944 schlug die Stunde. Die Heimatarmee trat zum Kampf gegen die Deutschen an. Aber von ihrem vermeintlichen Befreier wurde sie im Stich gelassen. Stalin ließ seine Truppen am Warschau gegenüberliegenden Ufer der Weichsel anhalten und die Erhebung in einem 63-tägigen Gemetzel verbluten lassen, da die deutschen Truppen die schlecht bewaffneten Aufständischen niederschlugen. Der Versuch einer polnischen Selbstbehauptung endete im Blutbad. Ca. 200.000 Menschen kamen um, die meisten davon entfielen auf wahllos erschossene Zivilisten. Die überlebenden Warschauer wurden vertrieben. Stadtviertel für Stadtviertel wurde gesprengt. Zurück blieben Trümmer. Folglich ging Warschau aus dem Krieg als die am stärksten zerstörte Hauptstadt überhaupt hervor.

Bis heute ist der Warschauer Aufstand nicht nur ein nationales Trauma, sondern auch das Symbol für den Widerstand Polens – gegen deutschen Terror und sowjetische Unterdrückung. Jahr für Jahr treffen sich am 1. August hunderttausende Warschauer, um des Aufstands zu gedenken. Ein Element lebendiger Geschichte, wie es bereits Prof. Szarota weiter oben beschrieb.

3. 1945 markierte das Ende des deutschen Terrors, brachte aber keine Freiheit

Nachdem Stalin 1944 sein kommunistisches Regime installierte, folgte dem nationalsozialistischen Terror der stalinistische. Zahlreiche Gefangene Hitlers, saßen erneut in Haft, wie etwa der spätere Außenminister Władysław Bartoszewski (1922-2015) oder Witold Pilecki (1901-48). Nach 1956 setzte zwar ein Tauwetter ein, aber die starke Abhängigkeit der Volksrepublik Polen (VRP) von der Sowjetunion blieb. Somit endete für Polen die Weltkriegszeit mit ihren Folgen, die im September 1939 mit dem Einmarsch zunächst deutscher und dann auch sowjetischer Truppen begonnen hatte, nicht 1945, sondern eigentlich erst im Zuge des Zusammenbruchs des sowjetischen Ostblocks 1989/90.

Dies erklärt, wie auch zahlreiche Umfragen belegen, warum die militärische Bedeutung der Kämpfe, die sich auf polnischem Boden im Krieg abspielten, in der Wahrnehmung der Polen in den Hintergrund tritt. Genauso wie die entscheidungsträchtigen Kampfhandlungen an anderen Orten, die Schlachten um Stalingrad und bei Kursk etwa sowie die Landung der Alliierten in der Normandie. Höhere Relevanz messen die Polen der gescheiterten Verteidigung von Warschau 1939, der Verweigerung der Kollaboration mit den deutschen Besatzern und der Schlacht auf dem italienischen Kriegsfeld bei Monte Cassino 1944 zu. Denn hier finden alle Komplexe, die sich im Krieg, in der Zeit der Besatzung und später in den Jahrzehnten unter sowjetischer Herrschaft im Ostblock angestaut haben, eine Linderung. So wie es der Oberbefehlshaber des polnischen Korps vor dem letzten Angriff auf die deutsche Klosterfestung auf dem Berg von Cassino in seinem Befehl prophezeite: „Die Aufgabe, die uns zugefallen ist, wird den Namen des polnischen Soldaten weltweit mit Ruhm bedecken“.¹⁶ Auch der Umstand, dass Polen als erstes Land es wagte, gegen Hitler-Deutschland mit seiner Heimat-

¹⁶ Zitiert nach Zbigniew Wawer, Monte Cassino. Warszawa 2009, S. 101.

armee im Untergrund und im Warschauer Aufstand massiv Widerstand zu leisten, ebnet dem nationalen Stolz die Bahn. Zugleich hat die „Unermesslichkeit des eigenen Leids“ jedoch, wie Tomasz Szarota zutreffend bemerkt, einen Makel: sie „verdeckt uns das Leiden anderer Völker“.

Mit der Freiheit nach 1989/90 nahm die Sensibilität gegenüber dem eigenen Martyrium noch zu. Jetzt konnten auch die sowjetischen Repressionen in Ostpolen nach Stalins Überfall 1939 in der Erinnerungskultur ihren Platz finden. In sie reihten sich weitere Namen von Märtyrern und Hinrichtungsstätten ein. Der Stolz auf die heldenhafte Kriegszeit paarte sich jedoch mit Verbitterung über die Sinnlosigkeit so vieler Opfer, allen voran beim Warschauer Aufstand. Dies wiederum ging Hand in Hand mit dem Niederlagen-Kult als Opfer und dem Stolz über die moralischen Siege der polnischen Nation, weil es militärische und politische Siege kaum gab.

Die polnische Kriegserinnerung und die Beziehungen zu Deutschland nach dem Kriege

Die Erinnerung an den Krieg tangiert auch die Einstellung zu anderen Nationen. Mit Blick auf die deutsche Nation stand die Erinnerung an den Krieg zumindest bis in die 1970er Jahre im Kielwasser der Zugehörigkeit der VRP als - unfreiwilliger - Vasall Moskaus und der Bundesrepublik als Teil des antagonistischen Westens, der Obsessionen des Kalten Krieges und im Schatten des deutsch-polnischen Grenzstreits. Zudem verhärtete ein abgrundtiefes Misstrauen der sich fremden politischen Eliten die Fronten. So nannte der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz (1911-1989), ein ehemaliger Auschwitz-Häftling, Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) „einen vatikanischen Washingtoner Bastard und Erben Hitlers, der die Schornsteine an Rhein und Ruhr wieder rauchen lasse, um ein neues Auschwitz anzuheizen“.¹⁷

Über zwei Dekaden lang hypnotisierten die Warschauer Kommunisten solchen Schlags mit ihrem „Glaubenseifer“ die Nation. Die Zeitungspropaganda hämmerte den Polen die Gefahr „des deutschen Drangs nach Osten“ ein, bis diese, so wie sich die Fasern eines Gewebes mit Farbstoff vollsaugen, begannen, es nachzuplappern. Als aber Bundeskanzler Willy Brandt seine neue Ostpolitik in die Tat umsetzte, 1970 die Oder-Neiße-Grenze anerkannte und vor dem Warschauer Denkmal für die Helden des jüdischen Ghetto-Aufstandes niederkniete, ging dieses Symbol deutschen Versöhnungswillens den Kommunisten in Warschau eindeutig zu weit. Dies rührte aus der kleinmütigen Angst vor einer psychischen Abrüstung der polnischen Gesellschaft her, vor einer Auflösung des westdeutschen Feindbildes. Denn eine Annäherung zwischen West-Deutschland und Polen auf der zwischenmenschlichen Ebene lief den politischen Interessen Warschaus zuwider, auch im Hinblick auf die DDR und die - aufoktroyierte - Freundschaft mit den Kommunisten in Ost-Berlin.¹⁸

Unerwartet schlug eine Bresche in die verhärteten nationalen Fronten der berühmte Brief (von dem es nicht einmal einen polnischen Originaltext gab) der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965. Der Schlüsselsatz der Botschaft: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ gab der Parteiführung in Warschau einen willkommenen Vorwand, eine wilde Diskreditierungskampagne gegen die „Verräter“ zu entfesseln und die Bösewichte in den Bischofstalaren an den nationalen Pranger zu stellen. Die entrüsteten „fortschrittlichen“ Katholiken im Lande forderten deren Köpfe. Denn ungeachtet des Zorns der regierenden Kommunisten, ging die Poesie des versöhnlichen Signals auch der polnischen Gesellschaft eindeutig zu weit. Ein Zwischenfall, der sich immerhin 13 Jahre später, wenngleich auf der kirchlichen Mikroebene ereignete, darf für den berühmten Brief als Korrektiv gelten. So erwiderte der Leiter der polnischen Delegation auf dem Katholikentag in Freiburg 1978, Erzbi-

¹⁷ Zitiert aus *Życie Warszawy* [Das Warschauer Leben – eine Tageszeitung], 22.1.1952.

¹⁸ Vgl. Basil Kerski, Andrzej Kotula, Kazimierz Wójcicki, *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990*, Fibre Verlag 2003.

schof Stroba aus Posen, auf das Angebot des Stuttgarter Bischofs Georg Moser, gemeinsam eine Versöhnungsmesse zu feiern, mit kargen Worten: „Es ist noch nicht so weit.“¹⁹ Zu solch einem Versöhnungsgottesdienst kam es erst elf Jahre später am 12. November 1989 im schlesischen Krzywowa/Kreisau, als der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl sich beim Friedensgruß umarmten.

Eine weitere Aufweichung der verhärteten antideutschen Stimmung in der polnischen Gesellschaft brachte dann die großzügige Spendenbereitschaft der Deutschen, die nach dem verhängten Kriegsrecht in Polen 1981, das mit einer dramatischen Versorgungskrise einherging, Lebensmittelpakete ins Nachbarland schickten. Das wirkte sich auch positiv in der polnischen Opposition aus, die in den 1980er Jahren zwar hinter dem Eisernen Vorhang im Untergrund agierte, aber immer stärker zum gewichtigen politischen Akteur und meinungsbildenden Faktor im Lande avancierte. Hier gewann die Einsicht an Bedeutung, die Hypothesen des Zweiten Weltkrieges samt des Feindbildes Deutschland müssten nun endlich zu Grabe getragen werden.²⁰

Die polnisch-deutschen Beziehungen nach 1990: neue Akzente und Verwerfungen

Der vermessene Versuch, die polnische Geschichtskultur neu zu bestimmen und zwar jenseits der nationalen Perspektive, durfte jedoch erst nach der Friedlichen Revolution 1989/90 das Licht der Welt erblicken. Angesichts neuer Rahmenbedingungen, allem voran der Meinungsfreiheit und dem Fehlen des politischen Drucks aus Moskau, konnte in den 1990er Jahren die Aufarbeitung der zeitgeschichtlichen deutsch-polnischen Beziehungen vorangetrieben werden. Eine Reihe deutscher Institutionen, installiert in Polen, halfen dabei: das Deutsche Historisches Institut in Warschau, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, um nur die Wichtigsten zu nennen. In dieser Hinsicht schulterten auf polnischer Seite einzelne Personen die Aufgaben ganzer Institutionen, wie etwa Władysław Bartoszewski oder der Direktor des Willi-Brandt-Zentrums in Wrocław/Breslau, Prof. Krzysztof Ruchniewicz (seit 2000). Lag der bisherige Fokus der historischen Forschung in der VPR auf der NS-Besatzungszeit Polens, so wich dieses Thema - als hätte es sich etwas erschöpft - dem „Problem der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg, wie auch der Beziehung der Polen zum deutschen kulturellen Vermächtnis in den 1945 an Polen angegliederten Gebieten“.²¹ Ein neues Phänomen jenseits des bisherigen Horizonts der Historikerzunft trat in Erscheinung: Die ehemaligen Ostpolen, nach dem Krieg aus den 1939 von Stalin annektierten Gebieten vertrieben und in den früheren deutschen Ostgebieten angesiedelt, setzten sich nun mit der deutschen Vergangenheit dieser Gebiete auf der lokalen Ebene auseinander. Ermutigt durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs folgten sie einer Neugier nach unterdrückten Wahrheiten. Das lokale deutsche Erbe wurde zum Eckpfeiler neuer Heimatidentitäten der Einwohner von Szczecin/Stettin, Wrocław/Breslau oder Olsztyn/Allenstein. Die Dekade der 1990er Jahre, die international von der Dominanz der

¹⁹ Zitiert nach Arkadiusz Stempin, Zwischen Vorsicht und Kühnheit. Das Maximilian Kolbe Werk, in: Bernd Martin, Arkadiusz Stempin, Polen und Deutschland in schweren Zeiten, Posen 2004, S. 169-265.

²⁰ Vgl. etwa Jan Józef Lipski, Zwei Vaterländer – Zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen, 1981.

²¹ Krzysztof Ruchniewicz, Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Polen, in: Eurozine 5.9.2007, <https://www.eurozine.com/die-erinnerung-an-den-zweiten-weltkrieg-in-polen/#footnote-2> [abgerufen 24.6.2020]. Aber auch die Frage des Gipfelpunktes der NS-Besatzung in Polen, des Warschauer Aufstands 1944, konnte unter gemeinsamer Regie deutscher und polnischer Historiker wie Bernd Martin, Czesław und Piotr Madajczyk sowie Włodzimierz Borodziej frei von ideologischen Mythen diskutiert werden, siehe: Bernd Martin, Stanisława Lewandowska, Der Warschauer Aufstand 1944, Warszawa 1998; Arkadiusz Stempin, Czy Powstanie Warszawskie było również częścią historiografii niemieckiej [War der Warschauer Aufstand ein Teil der deutschen Geschichtsschreibung], in: Dzieje Najnowsze 32/4 (2000), S. 169-184.

einzig verbliebenen Weltmacht USA, in Polen vom Bestreben, der NATO und EU beizutreten, bestimmt wurde, begünstigte diese Entwicklung. Das vereinigte Deutschland machte sich unter Bundeskanzler Helmut Kohl zum Anwalt des polnischen NATO- und EU-Beitritts. Nicht minder wirkten sich ein aus dem Boden sprießendes Netz von Städte-, Schul- und Fachgruppen-Partnerschaften sowie der Aufenthalt polnischer Erntearbeiter in Deutschland aus. Manigfache Ressentiments und nationale Kriegsmymen aus der Zeit des Kalten Krieges wurden geschleift.²²

Kaum zu glauben: das einstige Ungeheuer in der Volksrepublik, der lauthalse Präsident der Landsmannschaft Schlesien und Vizevorsitzende der Heimatvertriebenen, Hubert Hupka, der noch in den 1970er und 1980er Jahren ganz Schlesien nach Deutschland zurückholen wollte, besorgte privat das Geld für eine neue Kläranlage in seiner Heimatstadt Ratibor und half nach der großen Oderflut 1997 beim Renovieren der zerstörten Häuser. Als ihn dann die Stadt Ratibor zum Ehrenbürger machte, wurde aus diesem Einzelfall bald ein Paradigma. Das politische Establishment des vereinigten Deutschlands lieferte seinen Beitrag dazu, als sich der erste Deutsche im Staate, Bundespräsident Roman Herzog, am 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes 1994 vor dem Aufstandsdenkmal in Warschau verneigte und alle polnischen Opfer des Krieges um Vergebung bat für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.

Kaum aber, dass die beiden strategisch-politischen Ziele der III. Polnischen Republik nach 1990 in Erfüllung gingen, warfen am Beginn des neuen Jahrtausends Hupkas Nachfolger in Deutschland Sand ins Getriebe der neuen Geschichtskultur in Polen. Hier machten die Namen von Erika Steinbach, des Bundes der Vertriebenen und der sogenannten „Preußischen Treuhänder“ die Runde. Ihre teils direkten Forderungen und teils indirekten Anspielungen auf Entschädigungen für den nach dem Zweiten Weltkrieg enteigneten Besitz riefen in Polen Bestürzung hervor und die Wächter der alten Feindbilder auf den Plan. Ein weiteres Anliegen Steinbachs als Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, die öffentliche Erinnerung an die am Ende des Krieges und nach dem Krieg aus dem neuen Territorium Polens geflohenen und vertriebenen ca. zehn Millionen Deutschen²³, wollte man an der Weichsel nur unter der Bedingung gelten lassen, dass ebenso die Vertreibungen und Leiden der polnischen Bevölkerung durch die Deutschen von 1939 bis 1945 Eingang in diese öffentliche Erinnerung fänden. In Polen entstand der Eindruck, die Erhebung des Leids der Vertriebenen in einem deutschen Erinnerungsort paare sich mit einer neuen Geschichtspolitik in der Zeit der Regierung Schröder (1998-2005). Die zunehmende Präsenz von Flucht und Vertreibung der Deutschen und des alliierten Bombenkrieges in sämtlichen deutschen Medien, vom Film bis zu den TV-Talk-Shows, verstand man in Polen nicht nur als publikumswirksame Erinnerung an die Leiden der Deutschen, als eine Vergegenwärtigung der individuellen Opfererfahrung und als Ausgleich eines gewissen Überlieferungsdefizites diesbezüglich in der Literatur - wie Günther Grass es selbst formulierte: als „Aufgabe seiner Generation, dem Elend der ostpreußischen Flüchtlinge Ausdruck zu geben“²⁴, sondern vielmehr als eine Verharmlosung und Missachtung der polnischen Kriegsoffer. Dies wog mehr als etwa die nüchterne Einschätzung von Aleida Assmann, die der deutschen Erinnerungskultur bis dato eine bestimmte Geschichtsvergessenheit, „die Existenz eines blinden Flecks“ attestierte: „das ehrenhafte Verlierergedächtnis nicht vom traumatischen Tätergedächtnis trennen zu können.“²⁵

²² Vgl. Jan C. Behrends, Józef Lipskis Europäischer Traum. Zur Geschichtskultur in Polen, Russland und Deutschland nach 1989, Themenportal Europäische Geschichte, <https://www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1426> [abgerufen 24.6.2020].

²³ Vgl. Atlas Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung. Ostmitteleuropa 1939-1959, Warschau 2009, S. 170-195.

²⁴ Günther Grass, Im Krebsgang, Göttingen 2002, S. 99.

²⁵ Aleida Assmann, Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit*. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 48.

Die Gräben wurden tiefer, als in Berlin das „Zentrum gegen Vertreibungen“, mit der agilen Erika Steinbach in der Hauptrolle, die Geschichte des deutschen Ostens wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein heben sollte und dabei primär den Bedürfnissen der Deutschen Rechnung trug. Nicht einzelne Rufer in der Wüste, sondern gleich ein kollektives Glockengeläut warnte in Warschau: Die deutsche Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg befinde sich im Wandel. Die Aktionen Steinbachs seien für Polen eine Zumutung und Provokation. Die kritische Einschätzung des damals in Wrocław/Breslau als Politikprofessor tätigen deutschen Beobachters, Klaus Bachmann, lautete: „dass die Deutschen Polen paternalistisch behandeln“. Die Gründung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ bewertete er als „antipolnische(n) Versuch, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben - ganz so, als seien die Deutschen die Opfer gewesen und die Polen hätten auf der Seite der Täter gestanden“.²⁶

Aber noch in einem anderen Umstand erblickte man in Polen eine Relativierung des polnischen Leidens im Krieg: In der allgegenwärtigen Präsenz des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur. Dafür steht das monumentale Holocaustdenkmal im Herzen Berlins mit seiner suggestiven Architektur – 2003 bis 2005 knapp hundert Meter vom ehemaligen Hitler Bunker errichtet. Die polnische Seite reagierte mit einer eigenen Erinnerungsoffensive. Unter Regie von Lech Kaczyński, damals Stadtpräsident von Warschau, wurde das Museum des Warschauer Aufstandes – nicht mehr und nicht weniger als der fulminante polnische Erinnerungsort des Zweiten Weltkriegs – pünktlich am Vorabend des 60. Jahrestages der Erhebung 2004 eröffnet. Diesem Anlass Rechnung tragend legte der angesehene britische Historiker Norman Davis ein monumentales Werk über den „Aufstand der Verlorenen“ vor, das auch ins Deutsche übersetzt und in Deutschland in der breiten Öffentlichkeit rezipiert wurde und die bereits früher erschienene, strikt wissenschaftliche Abhandlung von Włodzimierz Borodziej flankierte.²⁷

Derweil suchte Bundeskanzler Gerhard Schröder angesichts von Androhungen Erika Steinbachs, die Restitutionsforderungen gegen Polen nach dem Muster der Jewish Claims Conference über europäische Gerichte durchzusetzen²⁸, die Wogen zu glätten. Er unterbrach seinen Italienurlaub und erschien als erster Bundeskanzler am 1. August 2004 in Warschau bei den Gedenkfeierlichkeiten zum Aufstand, begrüßt von Buhrufen, Pfeifkonzerten und „Heil-Schröder“-Plakaten. „Wir beugen uns heute in Scham angesichts der Verbrechen der Nazi-Truppen“, wandte er sich an die noch lebenden Aufständischen bei der zentralen Feier. In scharfen Worten kritisierte er Restitutionsansprüche deutscher Vertriebener, „die die Geschichte auf den Kopf stellen“, und sprach den Gastgeber Hilfe bei der Abwehr entsprechender Forderungen zu.²⁹

Die heikle Mission gelang ihm trotzdem nur bedingt. Denn sie wurde weiterhin durch die emsige Tätigkeit Steinbachs und ihrer Unterstützer konterkariert. In ihrem Lieblingsprojekt, dem „Zentrum gegen Vertreibungen“, erkannte die polnische Seite die „Konservierung einer

²⁶ Pressestimmen zur Debatte um das Vertriebenenzentrum, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 25.3.2009: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutsch-polnische-beziehungen/39782/presseschau-vertriebenenzentrum> [abgerufen 24.6.2020].

²⁷ Vgl. Norman Davies, *Aufstand der Verlorenen. Der Kampf um Warschau 1944*, München 2004; Włodzimierz Borodziej, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt am Main 2001.

²⁸ Die „Preußische Treuhand“, 2001 von der Landsmannschaft Ostpreußen ins Leben gerufen, verklagte 2006 den polnischen Staat vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der die Klage am 7. Oktober 2008 als unzulässig zurückwies.

²⁹ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei seinem Besuch zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes in Warschau, <https://gerhard-schroeder.de/2004/08/01/60-jahrestag-warschauer-aufstande/> [abgerufen 24.6.2020].

Unwissenheit der Deutschen gegenüber den Opfern der NS-Politik in Osteuropa“.³⁰ Die medial an der Weichsel ausgeschlachtete Kontroverse um Steinbach und ihr Projekt – sie selbst zur Inkarnation des Bösen schlechthin abgestempelt, auf dem Cover des meinungsbildenden Magazins „Wprost“ in SS-Uniform auf dem Rücken Kanzler Schröders reitend gezeigt mit dem Titel „Das deutsche trojanische Pferd“³¹ – erwies sich nicht nur für die deutsch-polnischen Beziehungen abträglich. Das vehemente Aufleben von antideutschen Feindbildern aus der Kriegs- und Nachkriegszeit schien Wasser auf die Mühle der national-konservativen PiS-Partei der Gebrüder Kaczyński und verhalf ihnen neben anderem sogar zum Sieg bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen des Jahres 2005. Ihrem Widersacher im Wahlkampf, Donald Tusk von der Bürgerplattform (PO), konnten die Zwillingsbrüder Kaczyński geschickt mangelnden Patriotismus unterstellen und zwar nur deswegen, weil sein Großvater als Kaschube nach einer Haftzeit u.a. im KZ-Neuengamme 1944 zwangsweise in die deutsche Wehrmacht eingezogen worden war. Der Wahlsieger Lech Kaczyński durfte sich hingegen mit der Verwundung seines Vaters im legendären Warschauer Aufstand brüsten.³²

Die neue Geschichtspolitik der nun regierenden PiS (2005-2007) und des als Staatsoberhaupt amtierenden Lech Kaczyńskis (2005-10) rekurrierte auf die heldenhafte polnische Vergangenheit und konsolidierte die nationale Perspektive in der Erinnerungskultur. Der anhaltende Streit über das „Zentrum gegen Vertreibungen“, die Überzeugung, dass in Deutschland Teile der Politik primär nationale Interessen und eine neue Geschichtsschreibung verfolgten, weckten in Warschau Irritationen und entfalteten eine verhängnisvolle Dynamik in den gegenseitigen Beziehungen. Im gestörten Kommunikationsbereich zwischen den beiden Nationen bemächtigten sich giftige nationale Diskurse sogar des Sportbereichs. Vor einem Fußballspiel Deutschland gegen Polen in bei der Europameisterschaft 2008 titelte die auflagenstärkste Boulevardzeitung in Polen, Springers „Fakt“: „Leo wiederhole Grunwald“. Dabei zeigte das Blatt, so der Sporthistoriker Diethelm Blecking, „den holländischen Coach der polnischen Nationalmannschaft Leo Beenhakker in der Rüstung eines polnischen Ritters damit beschäftigt, dem Kapitän der deutschen Nationalmannschaft Michael Ballack – dieser als anachronistische historische Schimärenfigur mit Kreuzrittermantel und preußischer Pickelhaube ausgestattet – den Kopf abzuschlagen.“³³

Den Wind aus den Segeln der anhaltenden Dissonanzen um historische Fragen nahm letztlich der Rückzug Erika Steinbachs 2014 als Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen. Allerdings hatten sich in den Regierungszeiten der weniger als Gerhard Schröder russophilen Bundeskanzlerin Angela Merkel (seit 2005) und des liberal-bürgerlichen Donald Tusk (2007-2014) etliche Probleme bereits entspannt. Doch die Ausstrahlung des mäßigen ZDF-Dreiteilers „Unsere Mütter, unsere Väter“, den der Sender zu seinem 50. Jubiläum 2013 anbot, brachte die Gemüter in Polen erneut in Wallung. Der Film stellte deutsche Soldaten als unbedarfte Jungs, frei von Rassenwahn dar, die zufällig in den Krieg gerieten. Die Produktion „trat explizit mit dem Anspruch an, eine völlig neue Perspektive auf den 2. Weltkrieg und die persönlichen Geschichten der Beteiligten zu präsentieren, um das Gespräch zwischen den Generationen in Gang zu bringen“. Zwar konnte der Film diesem Anspruch nicht gerecht

³⁰ Krzysztof Ruchniewicz, "Noch ist Polen nicht verloren": das historische Denken der Polen, Münster 2007, S. 76.

³¹ Vgl. Die Flucht der Erika Steinbach, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.9.2010: <https://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-rueckzug-der-vertriebenenchefin-die-flucht-der-erika-steinbach-1.997987> [abgerufen 24.6.2020].

³² Vgl. Konrad Schuller, Tusks schwieriger Großvater, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.10.2005: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-tusks-schwieriger-grossvater-1280356.html> [abgerufen 24.6.2020].

³³ Diethelm Blecking, Auf der Suche nach Erfolgen: Der polnische Fußball zwischen Tradition und Transformation, in: Ost-West. Europäische Perspektiven 4/2013, <https://www.owep.de/artikel/1079-auf-suche-nach-erfolgen-polnische-fussball-zwischen-tradition-und-transformation> [abgerufen 24.6.2020].

werden und wurde etwa durch Aleida Assmann für seine „monologische Erinnerung“, die „sich auf eigene Erfahrungen konzentriert und andere Perspektiven ignoriert“, auch vereinzelt scharf kritisiert.³⁴ Aber in Polen (3,7 Millionen Zuschauer) fiel die Kritik ganz heftig aus, weil die heldenhafte Polnische Heimatarmee antisemitisch und hurra-nationalistisch dargestellt wurde. Von Verfälschung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs seitens des deutschen Fernsehens, von der Verwechslung von Opfern und Tätern, sogar von einem deutschen Propagandafilm war die Rede. Für Falschdarstellungen in der ZDF-Serie wurde der Sender in Polen sogar durch ein Gericht mit 5.000 Euro bestraft nach Klage eines Kombattanten der Heimatarmee. Gleichwohl: ausgerechnet ein deutscher Film konfrontierte die Polen auch mit ihrem eigenen Antisemitismus und ihrer Einstellung gegenüber den Juden im Zweiten Weltkrieg. Diese Debatte hatte in der polnischen Öffentlichkeit bereits das Buch von Jan Tomasz Gross „Nachbarn“ im Jahr 2000 ins Rollen gebracht, das die Ermordung der Juden in der Kleinstadt Jedwabne im polnischen Osten 1941 thematisiert. Die Anklage von Gross ist bis heute umstritten. Die Täterschaft der polnischen Einwohner von Jedwabne wird oft bezweifelt. Aber das bis dato dominierende Wahrnehmungsmuster, Polen seien ausschließlich Opfer des Zweiten Weltkrieges gewesen, geriet in Folge dieser Debatte doch stark ins Wanken.

Ein Beispiel gemeinsamer Geschichtsaufarbeitung setzte anschließend eine Koproduktion des ZDF und des polnischen Fernsehens TVP zum 75. Jahrestag des Kriegsbeginns 2014. Der dokumentarische Zweiteiler, in beiden Ländern gezeigt, beleuchtet aus deutscher und polnischer Perspektive die Vorgeschichte des Krieges und den deutschen NS-Terror im besetzten Polen. Als Zeitzeugen im Film traten zwei polnische Film-Granden auf, Andrzej Wajda und Roman Polański. Nicht minder wichtig waren die Einschätzungen prominenter Historiker wie Bogdan Musiał, Paweł Machcewicz, Sönke Neitzel, Jochen Böhrer, Jan Kershaw und Richard Overy.³⁵

Pünktlich zum 75. Jahrestag des Kriegsausbruchs verneigte sich dann der Deutsche Bundestag in Anwesenheit des Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin vor dem universellen menschlichen Leid, aber auch vor dem Schicksal der polnischen Nation, deren Staatspräsident Bronisław Komorowski als Ehrengast im hohen Haus redete. Es schien, dass die Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges zwischen den beiden Nachbarn - bedenkt man die Zeitspanne vom Brief der polnischen Bischöfe 1965 bis zu dieser Rede im Bundestag - nun endlich gemeinsam angegangen werde.

Kriegsreparationen und Polen-Denkmal: „Der Geschichte werden wir nicht entkommen“

Die verhängnisvolle Hypothek des Zweiten Weltkriegs kehrte jedoch abermals zurück, als die Partei PiS nach ihrem erneuten Doppelsieg bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 einen weiteren Streitpunkt auf die deutsch-polnische Agenda setzte: Die Frage von Kriegsreparationen für die unglaublichen Schäden der deutschen Besatzungszeit. Der deutsche Staat hatte zwar gewisse Kompensationszahlungen, individuelle Entschädigungen für Kriegsoffer und Zwangsarbeiter, geleistet - allerdings in bescheidener Höhe.³⁶ Und juristisch-

³⁴ Zitiert nach Magdalena Saryusz-Wolska, Carolin Piorun, Verpasste Debatte. Unsere Mütter, unsere Väter in Deutschland und Polen, in: Osteuropa, 11-12/2014, (64. Jg.), S. 115-132, hier S. 116.

³⁵ Matthias Hannemann, Der Zweite Weltkrieg wirft lange Schatten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.9.2014, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik/der-zweite-weltkrieg-in-deutsch-polnischer-sicht-13130012.html> [abgerufen 24.6.2020].

³⁶ Entschädigt wurden in den 1960er und 1970er Jahren Opfer der pseudomedizinischen Experimente - in Höhe von 140 Millionen DM, in den 1990er Jahren erhielten mehr als eine halbe Million polnischer Opfer humanitäre Hilfen in Höhe von 500 Millionen DM (ca. 1.000 DM pro Person) und in den 2000er Jahren ehemalige Zwangsarbeiter - 484.000 Menschen - Entschädigungen in Höhe von 969 Millionen Euro (ca. 2.000 Euro pro Person); vgl. Stefan Garsztecki, Deutsche Kriegsreparationen an Polen? Hintergründe und Einschätzungen eines nicht nur innerpolnischen Streits, in: Polenanalysen, Nr. 227, 27.11.2018, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/227/deutsche-kriegsreparationen-an->

staatsrechtlich bestehen kaum Chancen für Warschau, heute noch Kriegsreparationen durchzusetzen. Denn Polen hatte bereits 1953, wenngleich auf Druck der Sowjetunion, auf Kriegsreparationen gegenüber Deutschland verzichtet, die laut dem Potsdamer Abkommen die Sowjetunion hätte bedienen sollen.³⁷ Ferner besiegelte der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 als Ersatzfriedensvertrag nach dem Zweiten Weltkrieg die Abgeltung jeglicher Ansprüche gegenüber Deutschland, indem er die Reparationsfrage übergab. Dennoch wurde die Frage aber 2017 auf die politische Tagesordnung gebracht. Ein Ausschuss des polnischen Parlaments ermittelte eine aktuelle Schätzung der Kriegsschäden in Höhe von 850 Milliarden US-Dollar.³⁸

Der Gordische Knoten, der moralische mit juristischen Aspekten aufs Engste verbindet, kann nur politisch gelöst werden. In diese Richtung bewegt sich der Anstoß des Grünen-Abgeordneten und Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Manuel Sarrazin. Deutschland könnte als Zeichen der Versöhnung die Kosten der medizinischen Versorgung der überlebenden Kriegsoffer zum Teil bestreiten, ihnen bzw. ihren Kindern eine individuelle Entschädigung gewähren und beim Aufbau des Sächsischen Palais' in Warschau finanziell helfen, da dieses Palais, gestiftet durch den König August den Starken, bei einer Vergeltungsaktion für den Warschauer Aufstand 1944 gesprengt worden war.

Damit Deutsche und Polen nicht erneut anfangen auseinanderzudriften, initiierten 2017 der damalige Direktor des Deutschen-Polen-Instituts, Professor Dieter Bingen, und der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Florian Mausbach, zusammen mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus der deutschen Öffentlichkeit einen Aufruf an den Bundestag, der die Idee eines Denkmals in der Mitte Berlins zum Gedenken an die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939-45 aufgriff.³⁹ Einst ein Herzensanliegen Władysław Bartoszewskis, einer Galionsfigur der deutsch-polnischen Versöhnung und eines persönlichen Freundes Helmut Kohls, stieß dieser Vorschlag jedoch auf Zurückhaltung und löste eine kontroverse Debatte aus. Die Gegenstimmen verweisen auf die Gefahr einer Renationalisierung des Kriegsleidens und schlugen ihrerseits die Errichtung eines Dokumentationszentrums für alle Opfer des nationalsozialistischen Terrors vor, wahlweise in Berlin und Warschau oder nur in der deutschen Hauptstadt. Wiewohl das menschliche Leid in kein nationales Prokrustesbett eingezwängt werden darf, begann der Zweite Weltkrieg jedoch in Polen. Und dort war das Ausmaß der NS-Verbrechen so groß, wie sonst nirgends, argumentieren die Verfechter des Polen-Denkmals mit der historischen Sonderstellung des Nachbarlandes. Dennoch scheinen die Skeptiker die Oberhand zu gewinnen. Die Spaltungslinien verlaufen allerdings innerhalb der Bundestagfraktionen. Folglich sind zwei Termine, die bestens geeignet waren für die Einweihung eines Polen-Denkmals, der 80. Jahrestag des Kriegsbeginns am 1. September 2019 und der 75. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 2020, verstrichen ungenutzt.

Ein Kompromissvorschlag von Prof. Peter Oliver Loew, seit Herbst 2019 neuer Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, und Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, auf einem neuen „Platz des 1. September“ in der

polen-hintergruende-und-einschaetzungen-eines-nicht-nur-innerpolnischen-streites/; vgl. Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft. Zahlen und Fakten zur Fördertätigkeit, <https://www.stiftung-evz.de/stiftung/zahlen-und-fakten.html> [beides abgerufen 24.6.2020].

³⁷ Im Abschlussprotokoll der Potsdamer Konferenz vom 2.8.1945 hielten die Siegermächte Großbritannien, Sowjetunion und USA im Abschnitt IV fest, dass die sowjetischen Entschädigungsansprüche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bedient werden sollten und die Sowjetunion ihrerseits daraus die Reparationsansprüche Polens bedienen sollte.

³⁸ Stefan Garsztecki, wie Anm. 36.

³⁹ Die Polen-Denkmal Initiative, in: Deutsches Polen Institut, <https://www.deutsches-poleninstitut.de/politik/polendenkmal/> [abgerufen 24.6.2020]; vgl. auch Dieter Bingen, DENK MAL AN POLEN. Eine deutsche Debatte, Edition.fotoTAPETA Berlin 2020.

Hauptstadt sowohl ein Polen-Mahnmal wie auch ein Dokumentationszentrum über die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg in Europa entstehen zu lassen, verbindet die beiden konkurrierenden Vorschläge.⁴⁰ Soll aber „eine russische Delegation Kränze für russische Opfer auf dem Platz des 1. September vor dem Polen-Mahnmal ablegen, das doch an den gemeinsamen Überfall von Hitler und Stalin erinnert?“, fragt Manuel Sarrazin, und seine Zweifel wirken für das Projekt wie eine kalte Dusche.⁴¹

Die Kontroverse schwillt weiter an. „Wir wollen kein Denkmal mehr“, tönt verärgert Paweł Łepkowski, der Chef des historischen Ressorts der angesehenen Zeitung Rzeczpospolita. „Der anhaltende Streit in Deutschland ist der Opfer unwürdig“. Wie durfte, fragt Łepkowski, „die 15jährige Czesia Kwoka, wie übrigens Tausende anderer polnischer Kinder, im KZ-Auschwitz landen von allem beraubt, zu allerersten von der Menschenwürde, obwohl sie kein politischer Feind des Dritten Reiches, geschweige denn Mitglied des Widerstandes oder nach der wahnsinnigen rassistischen Ideologie Jüdin gewesen war. Und dennoch, hinter dem Lagerdraht wurde sie zur abstrakten KZ-Nummer, stets erniedrigt und geschlagen, schließlich durch eine Phenolspritze bestialisch getötet“.⁴²

Man muss Professor Ruchniewicz wohl zustimmen, wenn er im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg und die deutsch-polnischen Verschränkungen konstatiert: „Der Geschichte werden wir nicht entkommen“.⁴³ Vermutlich wäre es zu vermessen hinzufügen: Nicht um der Konvergenz zwischen den Regierenden oder ihrer Machtspiele willen, sondern wegen des moralischen Gebots, nie in ein zweites Auschwitz abzurutschen. Und schließlich mit Rücksicht auf die noch lebenden Opfer, damit dank menschlicher Impulse die Ebbe der Verbitterung bei ihnen einer neuen lebensbejahenden Flut weichen könnte. Damit eine neue Zuversicht in ihnen heranreife, wenn die einst durch deutsche Hand geraubte Menschenwürde durch eben diese Hand zurückgegeben würde. Damit ein Traum in Erfüllung ginge, den man sich schon so lange sehnlichst gewünscht hatte.

Anmerkung der Redaktion:

Der Deutsche Bundestag hat im Oktober 2020 sowohl ein Dokumentationszentrum beschlossen, das sich in Berlin der NS-Besatzungsherrschaft in Europa im Zweiten Weltkrieg widmen soll, wie auch die Schaffung eines eigenen Gedenkortes zur Erinnerung an die polnischen Opfer der deutschen Gewaltherrschaft.

Zum Autor:

Arkadiusz Stempin, geb. 1964, Historiker und Politologe aus Warschau, seit 2009 Professor und Leiter des Konrad-Adenauer-Lehrstuhls für europäische Integration an der Krakauer Tischner Hochschule. Promotion 2003 und Habilitation 2008 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Autor zahlreicher Publikationen im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen sowie polnischer und deutscher Geschichte.

⁴⁰ In einer ersten Fassung dieses Beitrages war fälschlicherweise Dieter Bingen als Urheber des Kompromissvorschlages genannt worden, der immer für die Errichtung eines eigenen Polen Denkmals geworben hatte; vgl. Dieter Bingen, Die Zeit für eine Entscheidung ist überfällig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.10.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gastbeitrag-bundestag-entscheidet-ueber-polen-denkmal-17018953.html> [abgerufen 19.11.2020].

⁴¹ Zitiert nach Christoph von Marschall, Bewegung im Streit um Polen-Mahnmal in Berlin, in: Tagesspiegel vom 11.6.2020, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/kontroverse-um-gedenkpolitik-bewegung-im-streit-um-polen-mahnmal-in-berlin/25905270.html> [abgerufen 24.6.2020].

⁴² Paweł Łepkowski, Nie chcę tego pomnika! [Ich möchte dieses Denkmal nicht mehr!], Rzeczpospolita 18.6.2020.

⁴³ Wie Anm. 21.

Zuletzt erschienen von Arkadiusz Stempin in Polen: 2014 Angela Merkel – Cesarzowa Europy (Cäsarin Europas); 2016 Sojusznicy od Fryderyka i Katarzyny Wielkiej do Merkel i Putina (Verbündete. Von Friedrich und Katharina den Großen bis Merkel und Putin“)

In Deutschland erschienen: Das Maximilian-Kolbe-Werk (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 107), Ferdinand Schöningh Verlag 2006, 471 Seiten; Das vergessene Generalgouvernement. Die Deutsche Besatzungspolitik in Kongresspolen 1914-1918, Ferdinand Schöningh Verlag 2019, 553 Seiten.

Empfohlene Literatur:

Włodzimierz Borodziej, Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt am Main 2001.

Bernhard Chiari (Hrsg.), Die polnische Heimatarmee: Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, Oldenbourg Verlag, 2009.

Norman Davies, Aufstand der Verlorenen. Der Kampf um Warschau 1944, München 2004.

Magdalena Marszałek, Holocaust. Die Tragödie der Nachbarn, in: Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 2, Paderborn 2014, S. 641-660.

Bernd Martin, Stanisława Lewandowka (Hrsg.), Der Warschauer Aufstand 1944, Warschau 1999.

Paul Meyer, Polnische Frauen im Widerstand 1939–1945, ein Doku-Film 2008.

Krzysztof Ruchniewicz, „Noch ist Polen nicht verloren“: das historische Denken der Polen, Münster, 2007.

Überlegungen zum jüdischen Widerstand in Polen: Voraussetzungen und Beginn des Ghettoaufstandes in Warschau, Haus der Wannsee-Konferenz:

<https://www.ghwk.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Jahrestage/2009-klein-turski.pdf>.

Thomas Urban, Katyn. Geschichte eines Verbrechens, München 2015.

Claudia Weber, Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz, München 2019.



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Politisches Bildungsforum Brandenburg
Lektorat und Redaktion: Stephan Raabe
Leiter und Landesbeauftragter
Behlertstr. 33a, 14467 Potsdam
Tel. 0331 74 88 76-0
Mail: kas-brandenburg@kas.de
www.kas.de/brandenburg.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)